

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor unterhalb der Armutsschwelle

Der gesetzliche Mindestlohn schützt in seiner aktuellen Höhe nicht vor Armut und insbesondere nicht vor Armut im Alter. Um bei einer Vollzeitstelle im Alter eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erhalten, ist nach aktuellen Angaben der Bundesregierung (*Antwort des BMAS auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Ferschl, 7.08.2018*) ein Bruttostundenlohn von 12,63 Euro nötig. Der Mindestlohn von aktuell 8,84 Euro müsste also um knapp 4 Euro erhöht werden, damit nach 45 Versichertenzahlen in Vollzeit eine Rente von 814 Euro erreicht wird.

Ein Bruttostundenlohn von 12,63 wird derzeit auch im öffentlichen Dienst und bei den öffentlichen Unternehmen nicht in allen Entgeltgruppen erreicht. Für das Bundesland Bremen stellt sich die Frage, wie viele Beschäftigte des öffentlichen Sektors und im staatlichen Einflussbereich derzeit unter dieser Schwelle bezahlt werden, und wie dieser Zustand beendet werden kann.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele hauptamtlich Beschäftigte der Freien Hansestadt Bremen und ihrer Einrichtungen, der öffentlichen Unternehmen, der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und der bremischen Mehrheitsgesellschaften erhalten aktuell ein Bruttoentgelt unterhalb von 12,63 Euro je Arbeitsstunde? (bitte aufschlüsseln nach Dienststellen und nach Köpfen und Vollzeitäquivalenten angeben.)
2. Wie viele Beschäftigte verdienen bei Zuwendungsempfängern mit institutioneller oder projektgebundener Förderung ein Bruttoentgelt unterhalb von 12,63 Euro? (bitte angeben nach zuständigem Ressort und nach Köpfen und Vollzeitäquivalenten aufschlüsseln.)
3. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, für die Dienststellen und Unternehmen im Einflussbereich des Landes und der Stadtgemeinde mit den Gewerkschaften einen tariflichen Mindestentgeltsatz von 12,63 Euro zu vereinbaren, der anschließend an die allgemeine Lohnentwicklung oder die fortgeschriebene Berechnung, welcher Stundenlohn für eine Rente oberhalb der Grundsicherung erforderlich ist, angepasst (dynamisiert) werden könnte?

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.